



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Ingrid Heckner, Joachim Unterländer, Judith Gerlach, Florian Hölzl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Vierter Bericht zur sozialen Lage: Beste Lebensbedingungen für alle!

Der Landtag wolle beschließen:

Der vierte Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern zeigt, dass die soziale Lage in Bayern so gut ist wie nie zuvor. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Ergebnisse des Berichts zu berücksichtigen und die erfolgreiche Sozialpolitik weiterzuführen.

Insbesondere soll geprüft werden,

1. ob durch eine Vereinfachung der Förderstrukturen die Familien in Bayern noch besser unterstützt werden können, insbesondere Alleinerziehendenhaushalte und kinderreiche Familien,
2. wie das Ziel „Sicherheit im Alter“ noch besser erreicht werden kann,
3. wie das Ansehen sozialer Berufe weiter verbessert werden kann,
4. wie der ganzheitliche Ansatz zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ausgeweitet werden kann,
5. wie insbesondere eine Verbesserung der äußeren Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch eine Stärkung des Quartiersmanagements, dazu beitragen kann, die Verhältnisse der Menschen in ihrem Lebensumfeld, insbesondere für Familien und Ältere, weiter zu verbessern.

Begründung:

Der Freistaat Bayern ist ein sozial und wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland. Die Bürgerinnen und Bürger finden hier bessere Lebensbedingungen vor als in jedem anderen Bundesland. In keinem anderen Bundesland ist die Armutsgefährdungsquote niedriger als in Bayern. Unsere Struktur-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik bietet den Menschen hervorragende Rahmenbedingungen. Sie hat zum höchsten Wohlstandsniveau in Deutschland geführt.

Wir wollen, dass auch diejenigen, die von höheren Armutsgefährdungsquoten betroffen sind, noch besser von Bayerns Wohlstand profitieren: Kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Senioren und Langezeit-arbeitslose müssen noch besser unterstützt werden. Wir wollen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind. Das betrifft nicht nur die Senioren von heute, sondern auch die von morgen.